

(Abg. Eugen Roth)

wältigen haben, kann man nicht seriös zum Vergleich heranziehen. Ein besonderes Problem dabei ist, dass es schwerpunktmäßig Frauen trifft. 36 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen, dies nicht immer freiwillig, sondern überwiegend weil sie keine andere Wahl haben. Bei den Männern sind es lediglich 7,5 Prozent. Drei Viertel aller Niedriglohnbezieher sind im Dienstleistungsgewerbe, im Gastgewerbe sowie im Wach- und Sicherheitsbereich zu finden. In der Arbeitnehmerüberlassung geht das sogar noch weiter und über 70 Prozent hinaus.

Im Dienstleistungsbereich arbeiten im Saarland mittlerweile sogar 22 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Erwerbsform der geringfügigen Beschäftigung. Das Saarland ist an dieser Stelle Spitzenreiter. Es ist aber eine unrühmliche Spitzenstellung, die wir da erreicht haben, denn dahinter verbirgt sich natürlich die Gefahr, dass das Land quasi von innen heraus erodiert. Wenn ich dann noch die Situation hinzunehme, dass das Einkommensniveau im Saarland ohnehin um durchschnittlich 9,3 Prozent niedriger ist als in den westdeutschen Ländern, dann weiß ich nicht, was Forderungen nach einem Ausbau des Niedriglohnsektors und nach einer weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes sollen. Wenn Herr Ministerpräsident Müller eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes ausgehend von dieser bereits deregulierten niedrigen Basis des Saarlandes noch weiter vorantreiben will, besteht die Gefahr, dass wir uns selbst so weit deregulieren, dass unsere Hauptstadt irgendwann nicht mehr Saarbrücken, sondern Mainz heißt. Da muss man aufpassen, was man tut.

(Beifall bei der SPD.)

Unsichere Erwerbsformen boomen. Über die Minijobber und über das Gast- und Reinigungsgewerbe habe ich schon gesprochen. In den Ich-AGs waren im Saarland in den ersten fünf Monaten dieses Jahres rund 2.500 Menschen beschäftigt. Dies wird eher eine zunehmende Zahl von Insolvenzen und unternehmerischen Kümmerexistenzen nach sich ziehen, als dass daraus Unternehmen erwachsen, die Menschen wieder in Arbeit und Brot bringen. So ist jedenfalls im Moment der Trend. Was den Einsatz der Arbeitsgelegenheiten betrifft, der Ein-Euro-Jobs, so müssen wir im Saarland leider auch feststellen, dass dies überdurchschnittlich angewandt wird, und zwar oftmals sehr undifferenziert und nicht an den gesetzlichen Kriterien orientiert, die da lauten Einzelfallorientierung, öffentliches Interesse und Zusätzlichkeit. Sie werden vielmehr dort eingesetzt, wo es gerade mal als notwendig angesehen wird, ohne die genannten Kriterien streng anzuwenden. Damit wird natürlich auch zu einem guten Teil die Statistik geschönt.

Was ergibt sich, wenn man dies alles zusammen betrachtet, welche Perspektiven und Rückschlüsse sollte man aus diesen Dingen ziehen? Ich möchte bei dieser Frage auf einige Punkte aus dem Jahresbericht der Arbeitskammer eingehen. Zum einen müsste der Gesetzgeber dafür sorgen, dass insbesondere die neu geschaffenen Schnittstellen zwischen den Arbeitsgemeinschaften und der kommunalen Arbeitsförderung eindeutig geklärt werden. Zum Zweiten müsste der Gesetzgeber sich auch auf der landespolitischen Ebene darum kümmern, dass die Arbeitsmarktpolitik enger verzahnt mit der Landespolitik zu einer landesweiten Gesamtstrategie ausgeweitet wird, wobei - wenn ich jetzt mal den Antrag der CDU betrachte - das nicht in dem Sinne erfolgen darf, dass eine Landes-Arge ins Auge gefasst wird. Denn wenn man eine Landes-Arge ins Auge fasst, muss man in Kauf nehmen, dass man dann eine Regionaldirektion der Bundesagentur aufgibt, denn eine Regionaldirektion mit nur einer Landes-Arge darunter ist sehr unwahrscheinlich. Wenn man dies fordert, gibt man nach unserer Auffassung eine Gestaltungsebene auf, und davon sollte man besser die Finger lassen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Fördermittel des Landes sollten nur noch dort eingesetzt werden, wo auch tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen und erhalten

werden. Es müsste insbesondere stärker an die Unternehmen appelliert werden, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen auch tatsächlich ein politisches Oberziel in unserem Land ist. Man müsste des Weiteren ein Beschwerdemanagement einrichten, was die Leistungsempfänger betrifft. Das ist oft mit sehr viel Konfliktpotenzial verbunden. Aber man kann natürlich nicht hingehen und nur von Kunden reden, aber dann mit dieser Kundenrhetorik die Leute nachher mit ihren Problemen alleine lassen. Sanktionsmaßnahmen - um noch einen Punkt aufzugreifen - sollten sehr restriktiv gehandhabt werden. Arbeitsvermittlung sollte keinen Druck auf die Tariflöhne und auf das ohnehin niedrige Lohnniveau ausüben.

Ich möchte zum Schluss noch einige Anmerkungen zum Antrag der CDU-Fraktion machen. Mir ist aufgefallen, dass es da etwa heißt: Für den Niedriglohnsektor ist Franz Müntefering zuständig. Meines Wissens gibt es in dieser Republik noch eine Kanzlerin, die Regierungsgewalt hat. Wenn es heißt, dass Franz Müntefering dort zuständig ist, weiß ich nicht, was dieser Hinweis im Saarland soll. Ich gehe nicht davon aus, dass wir die Regierungsgewalt jetzt schon gleich an Müntefering abgeben; so weit würde nicht einmal die SPD-Fraktion gehen.

Zum Zweiten steht in dem Antrag, es sollten die Landesinitiativen, die bereits begonnen wurden, fortgesetzt werden. Ich weise nur darauf hin, dass einige dieser Initiativen, die da aufgelistet sind, nachweislich noch aus den Neunzigerjahren stammen. Wir finden es ja gut, dass die fortgeführt werden, aber dass das jetzt etwas Neues wäre, wird von der Historie und den Fakten widerlegt. Zum Dritten möchte ich appellieren, dass wir in Zeiten verfestigter Massenarbeitslosigkeit auch bei uns vor der eigenen Tür nicht nur durch bestimmte Debatten über Zahlen glänzen, sondern dass wir eine antizyklische Arbeitsmarktpolitik zur Behebung dieser Misere auch im Land betreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Wenn jetzt Not ist, müssen wir antizyklisch handeln. Lieber Kollege Vogtel, Ihr Zwischenruf ist berechtigt. Die Gewerkschaften sind da auf einem guten Weg. Deswegen müssen wir antizyklisch handeln und dürfen die Arbeitsmarktmittel des Landes nicht am laufenden Band kürzen, gerade wenn wir sie am dringendsten bräuchten. Vielmehr müssen die Arbeitslosen im Mittelpunkt stehen, nicht damit der eine oder andere auf der Regierungsbank vermeintlich glänzen kann. Bei den Ausbildungsplatzangeboten waren wir mal auf Platz zwei. Wir sind jetzt auf Platz fünf zurückgefallen und müssen aufpassen, dass das Land nicht von innen heraus erodiert.

(Beifall von der SPD und der Abgeordneten Spaniol (B 90/Grüne).)

Vizepräsidentin Lawall:

Bevor ich dem Abgeordneten Alexander Funk das Wort zur Begründung des CDU-Antrages erteile, möchte ich eine Besuchergruppe begrüßen. Es handelt sich um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Steinkohle AG im Saarland und Mitglieder der Betriebsräte, die aus verständlichen Gründen als Betroffene wohl vor allem auf die kohlepolitische Debatte warten, die wir heute noch führen. - Herzlich willkommen im saarländischen Landtag.

(Beifall.)

Herr Funk, Sie haben das Wort.

Abg. Funk (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand hier im Hause wird bestreiten wollen, dass die Grundlagen der Arbeitsmarktpolitik Bundesangelegenheiten sind, sowohl was die Belastungen des Faktors Arbeit durch die Sozialversicherungssysteme als auch die Regelungen im Sozialgesetzbuch sowie die

(Abg. Funk)

Bereitstellung von Eingliederungshilfen betrifft. All dies wird in Berlin entschieden.

Nun habe ich ganz im Sinne der großen Koalition in Berlin den SPD-Antrag aufmerksam und freundschaftlich gelesen und Argumente für eine Zustimmung gesucht.

(Heiterkeit. - Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Viel lesen, Herr Maas, musste ich allerdings nicht, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen können.

(Zurufe von der SPD: Och, wie schade.)

Das ist in erster Linie ein grundsätzliches Problem. Schon auf Seite 1 Ihres Antrages heißt es: Der Landtag wolle beschließen (...) die Pressemitteilung der Arbeitskammer. Und in dieser heißt es: "Diese schätzt ..." Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, unabhängig von politischen Aussagen, von Meinungsunterschieden und unterschiedlichen Interpretationen stimmen wir als CDU-Fraktion nicht über Pressemitteilungen von Kammern oder sonstigen Dritten ab, schon gar nicht, wenn diese Arbeitsmarktzahlen schätzen.

(Beifall bei der CDU.)

Uns ist das Thema viel zu ernst, als dass wir über geschätzte Zahlen Dritter abstimmen. Unabhängig von dieser grundsätzlichen Betrachtung habe ich mich auch inhaltlich mit dem Antrag auseinandergesetzt. Dabei ging ich vor allem der Frage nach: Was will die SPD? Das ist eine fast schon philosophische Frage, die ich aber heute nur auf diesen vorliegenden Antrag beziehe.

Es gibt zahlreiche unterschiedliche Arbeitsmarktinstrumente, erfolgreiche und weniger erfolgreiche. Es lohnt sich immer wieder, darüber zu diskutieren und zu streiten. Wenn damit Menschen geholfen werden kann, wieder Arbeit zu finden, dann muss dieser Versuch immer wieder unternommen werden. Leider beziehen Sie in Ihrem Antrag keinerlei Stellung zu solchen Instrumenten, weder positiv noch negativ. Sie blenden sie völlig aus. Sie versteifen sich in Allgemeinplätzen und pauschaler Kritik. Sie versuchen, Verantwortungsbereiche zu vermischen und versuchen zu suggerieren, die Landesregierung sei für jedes einzelne Schicksal persönlich verantwortlich.

Der einzige alte Hut, den Sie hervorzaubern, ist die Ausbildungsplatzumlage. Der ist so alt und verstaubt, dass sich ihn nicht einmal Ihr Arbeitsminister Franz Müntefering anziehen möchte. Aber selbst wenn wir für eine solche Zwangsabgabe wären, könnten wir der Forderung nicht zustimmen, die Landesregierung solle eine Bundesratsinitiative für die Ausbildungsplatzabgabe in Angriff nehmen. Der Grund ist einfach. Ihre rot-grüne Bundesregierung hat bereits eine Berufsausbildungssicherungsabgabe beschlossen. Im Bundeshaushalt 2007 ist sie in der Rubrik Sonderausgaben des Bundes weiterhin als Merkposten vorgesehen. Aus politischen Gründen wurde sie zunächst ausgesetzt und zwar für die Dauer des mit der Wirtschaft geschlossenen Ausbildungspaktes für 2004 bis 2006. Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) hat bereits angekündigt, den Ausbildungspakt mit der Wirtschaft um drei Jahre zu verlängern. Ihre Forderung müsste also lauten: Nationalen Ausbildungspakt beenden, Zwangsabgabe erheben. Der Adressat wäre Ihr Parteifreund Franz Müntefering.

Allerdings wäre es hilfreich, wenn Sie sich über die Anhörung der Bildungsfachleute im Bundestag zu diesem Thema informieren würden. Die Experten haben nahezu übereinstimmend geurteilt, dass die Lehrstellenmisere mit einer Abgabe nicht lösbar sei. Statt mehr Jugendliche einzustellen würden sich Betriebe notfalls freikaufen. Hilfreich dagegen wäre ein Einfrieren der Ausbildungsvergütungen

oder die Errichtung regionaler Ausbildungsverbände. Aus diesen Gründen fordere ich die Arbeitnehmerorganisation auf, sich endlich am Ausbildungspakt zu beteiligen und nicht länger ideologisch bedingten Ideen zu folgen.

(Beifall von der CDU.)

Das gilt auch für den saarländischen Ausbildungspakt. Arbeitskammer und DGB Saar: Treten Sie endlich dem Ausbildungspakt bei! Legen Sie Ihre parteipolitische Brille ab und werden Sie Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung endlich gerecht!

(Beifall von der CDU.)

Wenn der DGB so vehement die Ausbildungsabgabe fordert, dann sollte er wenigstens mit gutem Beispiel vorangehen. Die Gewerkschaften sind immer vorne weg mit den Forderungen, aber immer an letzter Stelle, wenn ausgebildet werden soll. So fordert der DGB eine Ausbildungsquote von 7 Prozent, weist selbst aber eine Ausbildungsquote von lediglich 2,9 Prozent aller Beschäftigten auf. Herr Roth, sorgen Sie doch wenigstens beim DGB für Glaubwürdigkeit und bilden Sie mehr aus!

Was will die SPD mit ihrem Antrag? Vielleicht geht es Ihnen nur darum, die Arbeitsmarktsituation im Saarland einmal darzustellen. Eine solche Analyse ohne Lösungsansätze bringt zwar niemandem etwas, wäre aber ein erster Schritt. Aber selbst hierzu taugt Ihr Antrag nicht im Geringsten. Die Zahlen sind falsch, Zahlen werden aus dem Zusammenhang gerissen, Fakten werden einfach weggelassen. Es werden falsche Schlussfolgerungen gezogen und politische Verantwortungsbereiche verwischt.

So behaupten Sie beispielsweise, in den vergangenen sieben Jahren seien rund 20.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren gegangen. Erstens sind es laut Ihren eigenen Angaben im Antrag 14.000. Ich habe jahrelang ehrenamtlich Mathematiknachhilfe gegeben. Wenn Sie es wünschen, führe ich die SPD-Fraktion gerne in die Geheimnisse des mathematischen Rundens ein. Wie Sie jedenfalls von 14.000 auf 20.000 kommen, ist mir ein Rätsel.

(Sprechen.)

Zweitens. Bis Ende Februar 2002 wurden Leiharbeiter, die in Deutschland arbeiten, aber deren Firmensitz in Frankreich, Luxemburg oder Belgien liegt, pauschal dem Saarland zugeordnet. Seit März 2002 werden diese Daten von der BA nicht mehr pauschal dem Saarland zugeordnet. Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich nach Angaben der BA um 3.850 Leiharbeiter. Da es sich auf Grund der Umstellung um keinen Rückgang in der Beschäftigung im Saarland handelt, muss dieser Umstand bei der Zeitreihenanalyse berücksichtigt werden. Dies steht aber auch in der Antwort der Landesregierung zu Ihrer Anfrage zum Arbeitsmarkt, Herr Roth. Vielleicht hätten Sie die Antwort vorher lesen sollen, bevor Sie den Antrag geschrieben haben. Das hätte diesen Fehler vermieden.

Drittens. Der größte Teil des Beschäftigungsrückgangs ist auf die Entwicklung im Kohlebergbau zurückzuführen. Ohne diese Entwicklung hätte der Rückgang weniger als 5.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte betragen. Damit hätten nur noch drei Bundesländer eine bessere Bilanz vorzuweisen. Weil Sie in Ihrem Antrag Zahlen falsch wiedergeben, falsche Schlussfolgerungen ziehen und Fakten weglassen, haben wir als CDU-Fraktion einen eigenen Antrag eingebracht, der eine objektive Beschreibung des saarländischen Arbeitsmarktes wiedergibt. Unser Antrag gibt aber nicht nur die saarländische Arbeitsmarktsituation objektiv wieder,

(Sprechen bei der SPD)

sondern bezieht auch zu Arbeitsmarktinstrumenten klar Stellung. Das ist im Übrigen für mich der größte Mangel an Ihrem Antrag. Sie

(Abg. Funk)

fordern pauschal eine aktive Arbeitsmarktpolitik und wissen ganz genau, dass es eine solche im Saarland gibt. Natürlich kann man über die Wirksamkeit der einzelnen Instrumente streiten, natürlich kann man jedes einzelne Instrument überprüfen und neue Vorschläge in die Diskussion bringen. Aber hier drücken Sie sich.

Der Grund ist klar. Würden Sie hier im Landtag über die Arbeitsmarktinstrumente konkret diskutieren und einige auf den Prüfstand stellen, dann wären in erster Linie Ihre Parteifreunde bei den unterschiedlichsten Trägern betroffen. Das sind Träger, die vom Geld aus dem europäischen Sozialfonds, den Eingliederungshilfen und Zuschüssen der Argen und des Landes leben. Nur aus diesem Grund vermeiden Sie eine ehrliche Diskussion über die aktive Arbeitsmarktpolitik. Stattdessen verfallen Sie in Polemik und fordern pauschal eine aktive Arbeitsmarktpolitik, ohne diese auch nur in einem Satz zu konkretisieren. In unserem Antrag stellen wir die Arbeitsmarktzahlen objektiv dar, berücksichtigen auch die relativen Veränderungen und sagen ganz konkret, wie die Situation am Arbeitsmarkt weiter verbessert werden kann.

Zur Jugendarbeitslosigkeit. Im Saarland betrug die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren im Juni 5.515. Gegenüber April ist das ein leichter Anstieg um 84 beziehungsweise 1,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat hatte das Saarland bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren mit -857 beziehungsweise -13,4 Prozent einen gut durchschnittlichen Rückgang. Die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe beträgt im Saarland 11 Prozent. Mit dieser Quote verbesserte sich das Saarland von Platz 9 Ende der Neunzigerjahre auf den fünftbesten Platz im Jahr 2006 unter allen Bundesländern. Wir als CDU-Fraktion begrüßen die Initiativen der Landesregierung, diese Quote weiter zu senken. Hierzu zählen die Initiative "Ausbildung ist Zukunft", das Landesprogramm "Ausbildung jetzt", die nachhaltige Förderung des Erwerbs des Hochschulabschlusses, die Förderung des dualisierten Berufsgrundschuljahres und die Förderung von Produktionsschulen.

Insbesondere das vom Wirtschaftsministerium in der vorigen Woche vorgestellte neue Programm Saphir bietet noch mehr jugendlichen Arbeitslosen neue Zukunftsperspektiven. Von daher fordern wir alle Arbeitsgemeinschaften im Saarland auf, sich an dem Programm Saphir zu beteiligen und damit eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik insbesondere für benachteiligte junge Menschen unter 25 Jahren zu betreiben. Wir fordern die Landesregierung auf, die bestehenden Initiativen zur Ausbildung junger Menschen fortzusetzen. Wir fordern die Landesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung der Landes-Arge zu prüfen, um eine noch gezieltere Arbeitsmarktpolitik insbesondere für Jugendliche, Frauen, ältere Arbeitslose und Berufsrückkehrer betreiben zu können. Wir fordern die Landesregierung auf, die bestehende Saarland-Offensive für Gründer auf jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren auszuweiten und speziell auf diese Zielgruppe anzupassen.

Wir fordern darüber hinaus die am saarländischen Ausbildungspakt beteiligten Partner auf, sich weiterhin im Interesse der Jugendlichen zu engagieren. Wir fordern die Gewerkschaften und die Arbeitskammer auf, endlich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und dem saarländischen Ausbildungspakt ohne Vorbedingungen beizutreten. Schließlich fordern wir die Wirtschaft auf, ihre Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen und damit auch dem in wenigen Jahren drohenden Facharbeitermangel entgegenzusteuern.

Zum Niedriglohnsektor. Seit der Neuregelung durch die rot-grüne Bundesregierung im April 2003 hat im Saarland und im übrigen Deutschland die Zahl der geringfügig Beschäftigten deutlich zugenommen. Das Saarland nimmt seither keine Sonderstellung unter den Bundesländern mehr ein, denn die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist an der Saar um 15,6 Prozent und in den übrigen westdeutschen Bundesländern um durchschnittlich 18 Prozent gestiegen. Insbesondere Personengruppen, die anderweitig sozial

abgesichert sind - Jugendliche, Rentner, verheiratete Frauen in der Mitte des Erwerbslebens -, gehen einer geringfügigen Beschäftigung nach. Hierbei handelt es sich oft um eine zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit, die sonst nicht vorhanden wäre. Geringfügige Beschäftigung leistet zudem einen Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Die Vorstellung, dass Minijobs nur Verdrängungseffekte bewirken, ist nicht korrekt. Die spezifischen Regelungen für Mini- und Midijobs generieren vielmehr zusätzliche Beschäftigten, die unter den sonst üblichen Regeln nicht entstünden.

Wir stellen allerdings fest, dass der Niedriglohnsektor in die Zuständigkeit von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering fällt, und fordern die Bundesregierung auf, die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse bestehen zu lassen und im Bereich des Niedriglohnssektors für einen gerechten Lohn zu sorgen, und zwar unter Berücksichtigung folgender Leitlinien: Erstens. Die Löhne der Beschäftigten dürfen nicht ins Bodenlose fallen. Zweitens. Es dürfen keine zusätzlichen Anreize für Schwarzarbeit geschaffen werden. Drittens. Die Löhne müssen für die Unternehmen finanzierbar bleiben. Viertens. Es dürfen keine zusätzlichen Belastungen für den Staatshaushalt entstehen.

Ich komme zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ging im Saarland seit September 1999 um über 10.000 zurück. Mit einem Rückgang von 3 Prozent liegt dieser Wert unter dem Bundesdurchschnitt. Gemessen an anderen Bundesländern weist das Saarland damit den sechsten Rangplatz auf.

Erwerbstätigkeit kann vielfältige Formen haben. Gemessen an allen Erwerbstätigen verzeichnet das Saarland seit 1999 einen Zuwachs von 2,2 Prozent und liegt damit trotz seiner strukturellen Probleme im westdeutschen Trend von 2,4 Prozent. Der Anstieg ist neben dem Bergbau auf die hohe Einpendlerdichte sowie eine deutliche Zunahme bei den Erwerbsquoten zurückzuführen. Solange in Deutschland soziale Sicherheit im Wesentlichen über die Belastung des Faktors Arbeit finanziert wird, wird der Abbau der Arbeitslosigkeit auch im Hinblick auf die Entwicklung des Weltarbeitsmarktes insbesondere für einfache Tätigkeiten immer problematisch bleiben. Daher machen wir auch an dieser Stelle die Zuständigkeiten ganz deutlich. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Faktor Arbeit weiter zu entlasten. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung Elemente des Wettbewerbs und der Eigenverantwortung zuzulassen, um Kosten zu vermeiden. Dies würde die geplante Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags und somit eine weitere Verteuerung des Faktors Arbeit überflüssig machen.

(Abg. Jost (SPD): Wer beschließt das denn?)

Alle gesellschaftlichen Gruppierungen fordern wir auf, nicht nur mit absoluten Zahlen zu argumentieren, sondern auch die relativen Veränderungen und die Bevölkerungsentwicklung im Auge zu haben. Gerade der letzte Punkt - nicht mit einzelnen Zahlen zu argumentieren, sondern den Arbeitsmarkt gesamtwirtschaftlich zu betrachten - würde ihre Glaubwürdigkeit in dieser Diskussion deutlich erhöhen. Ein erster Schritt in Richtung Glaubwürdigkeit besteht darin, unserem Antrag heute zuzustimmen. - In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Lawall:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Grüne, Herrn Hubert Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Arbeitsmarktpolitik ist mit Blick auf die Landesebene in erster Linie Strukturpolitik. Daran geht kein Weg vorbei. Die große Linie bei der